

Protokoll über die öffentliche Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 23.06.2014

**Ort: Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße, Eggestedter Str. 20, 28779
Bremen**

Beginn: 19.08 Uhr

Ende: 21.02 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Ortsamtsleiter: Peter Nowack (Vorsitz)

Verwaltungsbeamtin: Heike Rohde (Protokoll)

Beiratsmitglieder:

Nils Christahl

Grete Klinkmüller

Gabriele Kröger-Schurr

Anke Krohne

Karen Nieschlag

Andreas Pfaff

Alex Schupp

Helma Stitz

Hans-Gerd Thormeier (bis 20.00 Uhr)

Gisela Zimmermann

Es fehlten:

Heiner Böcker, entschuldigt

Peter Geis, entschuldigt

Sascha Humpe, unentschuldigt

Dennis Klingenberg, entschuldigt

Eike Schurr, entschuldigt

Ralf Schwarz, entschuldigt

Gäste

Peter Dick, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen; Fachaufsicht KiTa Bremen

Mathias Ehmke, Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Nord

Klaus Dunker, Polizeirevier Blumenthal

Tagesordnung:

1. (19:00 Uhr) Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2014
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers
4. (19:20 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
5. (19:30 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. Bürgerantrag: Nachfrage Störfallverordnung Oberschule "In den Sandwehen"
 - b. Bürgerantrag: Burgweg als Einbahnstraße ausweisen
 - c. Bürgerantrag: Absperrpfosten für den Marktplatz
6. (19:40 Uhr) U3-Versorgung in Blumenthal
*dazu: Herr Dick, SKJF
 Herr Ehmke, Sozialzentrum Nord*
7. (20:40 Uhr) Globalmittel - Restmittelvergabe
8. (20:50 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. Die Linke – Antrag: Hort-Statusbericht II: Viele Blumenthaler Eltern weiterhin ohne Kinder-Betreuungsplatz
 - b. CDU – Antrag: Projektplan Sanierung Tanklager Farge
8. (21:00 Uhr) Verschiedenes

Anschließend: (21.20 Uhr) Nicht-öffentlicher Teil

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und stellt die Tagesordnung vor.

Anschließend wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Die Tagesordnung ist damit genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2014

Es liegt ein Änderungsantrag vor. Frau Krohne (Die Linke) bittet um folgende Ergänzung auf Seite 3 beim TOP 4 im letzten Absatz:

"Herr Nowack wirft ein, dass er meistens an diesen Sitzungen teilnehme und die Informationen dann über ihn an den Beirat weitergegeben würden. **Er stellt in Aussicht, dass er weiter an dem Thema arbeiten würde.**"

Über den Änderungsantrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

Herr Nowack lässt über das Protokoll mit Änderungsantrag abstimmen.

Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Das Protokoll mit Ergänzung ist somit genehmigt.

Im Anschluss bittet Herr Nowack die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute im Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Ortsamtsleiter Karl Lüneburg zu erheben.

TOP 3: Mitteilungen

a. aus dem Ortsamt

b. des Beiratssprechers

a. Herr Nowack gibt folgendes bekannt:

- Am 02. Juni 2014 fand ein Koordinierungsgespräch statt, in dem die wesentlichen Faktoren für den anstehenden Deichbau erörtert wurden.
Baubeginn sei in dieser Woche und man wolle rechtzeitig zum Herbst fertig werden.
- In der letzten Sitzung wurde die Durchbindung der Regio-S-Bahn bis zum Bahnhof Farge debattiert und es wurde eine Klärung bis ca. Ende Mai durch die DB Netz AG avisiert.
Heute kam die Information, dass die technische Lösung mit geringfügigen Änderungen akzeptiert wurde und man derzeit gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der DB Netz AG an einer präzisen Antwort an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr arbeitet.
Das Ortsamt soll zeitnah informiert werden.
- Frau Krohne (Die Linke) habe Beschwerde geführt, dass die Beiratssitzung vom 16. Juni wegen „des Spielplanes irgendwelcher Fußballmannschaften verschoben wurde“ und hat beantragt, dass „dann auch Zeiten einer australischen Segelmeisterschaft sitzungsfrei gehalten werden müssen“.
Herr Nowack habe das Ansinnen geprüft und lediglich Informationen über die Regatta „Sidney – Hobart“ finden können.
Diese Regatta startet aber traditionell am Boxing-Day und dauert je nach Wetterlage zwei bis drei Tage.
Da zwischen Weihnachten und Neujahr grundsätzlich keine Sitzung abgehalten wird, ergibt sich für Ortsamt und Beirat kein Handlungsbedarf.
- Über Pfingsten fand in Mainz die Deutsche Fußballmeisterschaft der DJK – Vereine statt
DJK Germania Blumenthal hat dieses Turnier gewonnen und erstmals den Titel in unseren Stadtteil geholt
- Die B – Junioren des Blumenthaler SV haben gestern die Landesmeisterschaft gewonnen und steigen in die Regionalliga Nord auf.

3 b.

Der Beiratssprecher und der stellvertretende Beiratssprecher befinden sich im Urlaub.
Herr Schupp berichtet, er habe an der Sitzung der AG Bauen und Wohnen teilgenommen, jedoch nichts wesentlich Neues zu berichten.

Zur Wohnbebauung auf dem Dewers-Gelände werde es eine neue Ausschreibung geben, da sich ein zweiter Investor gemeldet habe. Im Gebiet "Am Bodden Nord" werde voraussichtlich in 2015 die Erschließung von 50 Bauplätzen (68 Wohneinheiten) erfolgen.

TOP 4: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Thormeier meint, die Mail von Frau Krohne, auf die Herr Nowack unter TOP 3a. eingegangen ist, sei sicher nicht als Antrag zu verstehen gewesen. Es habe sich seines Erachtens lediglich um eine Anmerkung gehandelt, weil die Verschiebung der Sitzung für Einzelne terminliche Schwierigkeiten gebracht habe.

Frau Krohne erinnert an noch ausstehende Antworten bzw. hat Anfragen zu folgenden Themen:

1. Antrag "Schlaganfallpatienten" aus der März-Sitzung
2. Vorstellung des Verkehrsgutachtens (aus Juli 2011)
3. die Dichtersteine an der Weserpromenade sind verwittert, sie bittet, eine Reinigung zu veranlassen
4. nach der Versetzung der Skulptur "Lebensalter" sollten die dortigen Fahrradbügel versetzt werden, dies ist bisher nicht geschehen
5. die "Verkrautung" am Marktplatz ist erfreulicherweise beseitigt worden, jedoch ist die Grasfläche unter dem Baum noch ungepflegt. Auch die Verkehrspfosten stehen noch schief.
6. an der "Strandhalle" stehen Bagger, Frau Krohne bittet um Aufklärung, warum.
7. im April habe es einen Bürgerantrag gegeben, der vom Beirat in einen Forschungsantrag umgewandelt wurde. Wurde dieser vom Ortsamt rausgegeben und wenn ja, in welcher Form?
8. die Cash-Automaten wurden bisher nicht ersetzt. Bargeld könne man zurzeit lediglich in Supermärkten bei einer Einkaufssumme von mindestens 20 Euro erhalten. Wird es da möglicherweise Abhilfe geben?

Zu folgenden Punkten antwortet Herr Nowack wie folgt:

zu 6.

Bei den Baggern handelt es sich um die Fahrzeuge, die für den Bau des "Spielraums Bahrsplate" benötigt werden.

zu 1.

Zu den Anträgen "Schlaganfallpatienten" und "Krebsregister" gab es eine Zwischenantwort dahingehend, dass aufgrund des Umgangs der Anträge um etwas Geduld bis zur Beantwortung gebeten wird.

zu 4.

Möglicherweise fehle es zurzeit an finanziellen Mitteln zur Entfernung der Fahrradbügel.

zu 3.

Das Anliegen wird weitergegeben.

zu 2.

Das Verkehrsgutachten soll in der Oktobersitzung vorgestellt werden. Der bisher vorgesehene Termin im September ist nicht möglich, weil in dieser Sitzung der "Masterplan Tanklager Farge" Thema sein soll.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob für den Ausbau der Turnerstraße Terminabschnitt vorliegen.

Nachdem Herr Nowack dies verneint, bittet sie, diesbezüglich nachzufragen.

Herr Nowack ergänzt, dass am Donnerstag, 26.06.2014, eine Baustellenbesichtigung mit Herrn Senator Lohse und Herrn Stellmann (Projektleiter vom Amt für Straßen und Verkehr) stattfinden wird. Dann werde es vielleicht schon Informationen geben. Eine Einladung dazu solle folgen.

Frau Kröger-Schurr fragt weiter, ob innerhalb der Frist Einwände gegen den VEP 55 eingegangen sind. Auch dies verneint Herr Nowack.

TOP 5: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

a. Bürgerantrag: Nachfrage Störfallverordnung Oberschule "In den Sandwehen"

b. Bürgerantrag: Burgweg als Einbahnstraße ausweisen

c. Bürgerantrag: Absperrpfosten für den Marktplatz

Im Vorfeld erläutert Herr Nowack Grundsätzliches zum Umgang mit Bürgeranträgen.

Anhand des § 6 Bürger- und Jugendbeteiligung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (OBG) und zitiert folgende Absätze:

(1) Der Beirat gewährleistet die Bürgerbeteiligung und regt sie an...

(2) Der Beirat berät und beschließt über die aus der Bevölkerung kommenden Wünsche, Anregungen und Beschwerden, soweit sie sich auf den Beiratsbereich beziehen. Das Ortsamt gibt den Beschluss bekannt.

(4) Einwohnerinnen und Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, können in beiratsbezogenen Angelegenheiten Anträge an den Beirat stellen. Der Beirat berät die Anträge binnen sechs Wochen. Das Ortsamt teilt das Beratungsergebnis der Antragstellerin oder dem Antragsteller unverzüglich schriftlich mit.

(5) Der Beirat soll die im Beiratsbereich arbeitenden Institutionen, Vereine, Initiativen und alle anderen demokratischen Vereinigungen im Sinne eines Interessenausgleichs unterstützen.

Herr Nowack erklärt, die genannte "sechs-Wochen-Frist" sei die Beratungsfrist für die Beiräte, nicht aber die Beantwortungsfrist nach Eingang eines Antrags.

Zu Absatz 5 erläutert er, dass, wenn keine Regelung durch den Beirat selber möglich sei, dieser einen Interessenausgleich herbeiführen solle.

Es folgt die Beratung der vorliegenden Bürgeranträge.

a. Bürgerantrag: " Nachfrage Störfallverordnung Oberschule "In den Sandwehen"

Der Antrag wurde aus der letzten Beiratssitzung vertagt.

Der Antragsteller (A), der der Bürgerinitiative "Tanklager Farge" angehört, fragt, ob die Schule "Sandwehen" im Falle eines Störfalls nicht zu nahe am Tanklager liege. Die letzte Antwort, die er auf einen ähnlichen Antrag bekommen habe, sei für ihn nicht zufriedenstellend gewesen.

Deswegen habe er die Fragen für die Behörden vereinfacht.

Er zitiert einzelne Fragen aus dem Bürgerantrag.

Ein weiteres Mitglied der Bürgerinitiative (B) ergänzt, der Antrag sei eine wichtige Sache für das öffentliche Interesse. Der Beirat sei da, um sich den Antrag anzugucken, nicht aber, um diesen zu beurteilen. Der Beirat solle in der Arbeit der Bürgerinitiative mitgenommen werden. Wenn der Antrag abgeblockt werde, werde man sich zukünftig direkt an die Behörden wenden, der Beirat bleibe dann außen vor, was sehr schade wäre.

Es sei das Anliegen der Bürgerinitiative, diese komplizierte Angelegenheit zusammen mit dem Beirat "zu wuppen". Bereits letztes Jahr habe man angeregt, mit dem Beirat zusammen zu arbeiten, bisher gebe es leider wenig Resonanz.

Bürgerin B stellt mündlich folgenden weiteren Antrag:

"Wir beantragen die Klärung durch das Gewerbeaufsichtsamt, inwieweit die Geheimhaltung des Störfalldokuments für das Tanklager Farge noch aufrecht gehalten wird unter Angaben der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen und deren Paragraphen. Nach Beendigung der Geheimhaltung beantragen wir die Offenlegung des Störfalldokuments."

Frau Stitz erklärt, angesichts dessen, dass im September eine Beiratssitzung mit der Besprechung des Masterplans stattfinden soll, verstehe sie den Bürgerantrag zur Störfallverordnung nicht.

Frau Kröger-Schurr erläutert, da Frau Stitz beim letzten Mal nicht anwesend gewesen sei, dass der Antragsteller in der letzten Sitzung nicht reden durfte. Da die SPD die Vertagung beantragt hatte, wurde der Antrag in der Sitzung des Koordinierungsausschusses behandelt, jedoch nicht beschlossen. Sie möchte den Antrag jetzt beraten, da Bürgeranträge doch unterstützt werden sollen.

Frau Krohne schließt sich Frau Kröger-Schurr an. Die Vergangenheit müsse aufgeklärt werden. Es sei kein Problem, den Bürgerantrag durchzuwinken. Der Antrag solle jetzt bitte weitergegeben werden, beim letzten Mal sei das mit einem merkwürdigen Geschäftsordnungsantrag verhindert worden.

Herr Nowack erklärt, dass der Bürgerantrag in der letzten Sitzung vertagt worden sei, weil er sehr kurzfristig eingereicht wurde und den Beiratsmitgliedern die Möglichkeit zur Beratung in den Fraktionen gegeben werden sollte. Dann bittet er den Antragsteller um eine Erklärung, was an neuen Informationen erwartet werde und was der Bürgerantrag mit der Sanierung des Tanklagers zu tun habe.

Der Antragsteller erklärt, es gehe nicht um den Masterplan bzw. die Sanierung des Tanklagers. Bis zum heutigen Tage gebe es lediglich eine Schließungsabsicht des Tanklagers, womit der Bund die Möglichkeit habe, die Betriebsgenehmigung zurückzugeben.

Das Tanklager sei nicht gereinigt und endgeleert, sondern lediglich stillgelegt. Der Bürgerantrag werde deshalb gestellt, weil ein Störfall "noch wieder auf die Füße fallen" könne.

Das Tanklager könne jederzeit wieder in Betrieb gehen. Aufklärung sei nötig, um die Anwohner in jeglicher Form zu schützen.

Herr Schupp meint, der Antrag wurde ausführlich in seiner Fraktion besprochen. Man finde, dass der Antrag ein bisschen zu weit gehe und man damit Leute, die mit der Sanierung tätig sind, mit anderen Aufgaben beauftragt. Beim Atomkraftwerk Unterweser habe es bei dessen Stilllegung keinerlei solche Anträge gegeben. Er befürchtet, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zukünftig Bauverbote in dem Gebiet erlassen könnte.

Seine Fraktion wolle sich zurzeit nicht mit dem Bürgerantrag befassen; es gebe genauso viel andere Betriebe in Wohngebieten, Beispiel Stahlwerke. Man sollte erst einmal vernünftig

feststellen, was die bisher eingeleiteten Maßnahmen gebracht hätten oder was von ihnen erwartet werde.

Herr Thormeier meint, hier gehe es schlicht um die Störfallverordnung, nicht um Verunreinigungen oder Sanierungen. Ob in Zukunft nach Störfallverordnung gehandelt werde, sei ein berechtigter Antrag. Das genannte Beispiel Stahlwerke unterliege in Teilen auch der Störfallverordnung, die in Teilen veröffentlicht wird.

Frau Kröger-Schurr geht es darum, über den Antrag abzustimmen. Die Beiratsmitglieder bräuchten sich nicht damit zu beschäftigen, das müssten die entsprechenden Stellen.

Herr Nowack lässt über den Antrag abstimmen.
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen
Der Antrag ist damit angenommen.

Herr Nowack lässt über den mündlichen Antrag von Antragstellerin B abstimmen.
Ergebnis: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Antrag ist damit angenommen.

b. Bürgerantrag: Burgweg als Einbahnstraße ausweisen

Frau Kröger-Schurr versteht nicht, warum der Burgweg zur Einbahnstraße gemacht werden soll. Sie wohnt bereits seit 26 Jahren in der Straße nebenan und meint, keiner fahre dort zu schnell. Sie sieht keine Problematik, die eine Einbahnstraße erfordert und wenn, dann mit allen Anwohnern zusammen.

Herr Schupp meint, dass der Burgweg schon mal Einbahnstraße gewesen sei und auf Wunsch der Anwohner umgewandelt wurde.

Herr Thormeier hält den Antrag von Frau Kröger-Schurr für sinnvoll. Die Anwohner sollten um gegenseitige Abstimmung gebeten werden und das Votum dann neu eingereicht werden.

Herr Nowack fasst zusammen, dass der Bürgerantrag zunächst auf der Homepage des Ortsamtes veröffentlicht wird und die Anwohner durch das Ortsamt angeschrieben werden. Der Antrag werde solange vertagt, bis die Anwohner sich gemeldet hätten. Damit erklären sich die Beiratsmitglieder einstimmig einverstanden.

c. Bürgerantrag: Absperrpfosten für den Marktplatz

Herr Pfaff meint, auf dem Marktplatz wäre kein zusätzlicher Pfosten nötig, da ausreichend Verkehrszeichen vorhanden seien. Der Lieferverkehr sei zu bestimmten Zeiten erlaubt.

Frau Krohne schließt sich Herrn Pfaff an. Sie fragt, was mit der Feuerwehr wäre, wenn es zusätzliche Pfosten gebe. Die Verkehrszeichenregelung sei vorhanden, gfl. müsse die Polizei überwachen.

Der Antragsteller (C) erläutert, vielen Menschen sei nicht bewusst, dass acht- bis neunmal täglich der Postwagen zum Wenden auf den Marktplatz fahre. Dies sei Anlass für andere, auch dort zu parken.

Frau Kröger-Schurr schlägt vor, mit dem Inhaber der Postagentur zu sprechen, dass Parkplätze vor der Tür zur Verfügung zu stellen.

Frau Klinkmüller meint, man müsse an die Polizei weitergeben, dass dort öfter kontrolliert werden solle.

Herr Nowack schlägt vor, den Antrag "auf Halde" zu legen um Gespräche zu führen und die Entwicklung abzuwarten. Dann könne der Bürgerantrag besprochen werden.

Herr Pfaff ergänzt, es sei zu klären, ob die Post eventuell eine Sondergenehmigung habe.

Damit sind alle Beiratsmitglieder einverstanden.

Herr Thormeier verlässt die Sitzung um 20.00 Uhr.

Mündliche Anträge

Ein weiteres Mitglied der Bürgerinitiative Tanklager Farge (D) liest folgenden neuen Bürgerantrag vor:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
im März 2014 wurde von Seiten des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr der
„Projektübersichtsplan zur Kontaminationsbearbeitung im Tanklager Bremen-Farge
veröffentlicht“. Der Projektübersichtsplan umfasst alle bis zum Jahr 2046 in den Bereichen*

- a) Verladebahnhof I*
- b) Verladebahnhof II*
- c) Hafen*

*d) sonstige Kontaminationsflächen
geplanten Untersuchungs- und Sanierungsarbeiten.*

*Unter dem Punkt d) werden dabei explizit nur die Überlauf- bzw. Ablagerungsflächen
(Kontaminationsverdachtsflächen KVF 36-41) sowie die Verteilerstationen der Behälterblöcke
(KVF 46, 48, 50, 52 und 56) benannt.*

*Im Projektübersichtsplan sind weder Untersuchungen noch Maßnahmen bzgl. der auf der
Liegenschaft vorhandenen 20 Kontaminationsverdachtsflächen erwähnt oder vorgesehen,
welche durch Bombenschäden an gefüllten Leitungen entstanden sind (KVF 5 -24). Ebenfalls
fehlen Untersuchungen und Maßnahmen bzgl. des Bombenschadens am Tankblock 13 (KVF 44)
sowie für die 13 Kontaminationsverdachtsflächen, die auf während des Betriebes aufgetretene
Rohrleitungsschäden zurückzuführen sind (KVF 25-34 sowie KVF 116-118).*

Der Beirat Blumenthal wird gebeten, den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr aufzufordern,

- alle, zu den oben aufgeführten 34 Kontaminationsverdachtsflächen vorliegende
Untersuchungs-Ergebnisse zu veröffentlichen, wobei insbesondere die flächige und
tiefenbezogene Ausdehnung sowie die dadurch resultierenden Schadstoffblasen und
Grundwasserbelastungen darzustellen sind.*
- ein inhaltliches und zeitliches Sanierungsszenario für diese Flächen vorzulegen sowie die
zeitbezogene Einbindung in den Projektübersichtsplan darzulegen.*

*Die Informationen sind nach Möglichkeit in digitaler Form im Umweltinformationssystem zu
veröffentlichen."*

Er bittet, den Bürgerantrag an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr weiterzuleiten.

Frau Kröger-Schurr zeigt sich jetzt doch erstaunt. In der letzten Sitzung sei über einen sehr langen, kurzfristig eingereichten schriftlichen Bürgerantrag der Bürgerinitiative diskutiert worden. Jetzt käme ein langer mündlicher Antrag, der einem "Knoten in den Kopf" mache. Sie sei von dem mündlichen Antrag jetzt erschlagen und frage sich spontan, ob man nicht so wirklich was aus der letzten Beiratssitzung gelernt habe. Der jetzige Antrag sei für sie vom Gefühl her nicht beurteilbar. Sie bittet, den Antrag schriftlich für die nächste Sitzung einzureichen.

Herr Nowack verweist auf die Septembersitzung, in der das Tanklager Farge mit Masterplan Hauptthema sein soll. Er bittet, den Antrag schriftlich einzureichen, dieser werde heute nicht behandelt..

Der Antragsteller stellt dem Beirat frei, über den Antrag heute nicht zu entscheiden. Er habe schon versucht, mit der Umweltbehörde zu diskutieren, das habe aber nicht gefruchtet.

Frau Krohne versteht den Antragsteller und bittet um Verständnis, dass der Antrag schriftlich eingereicht werden solle.

Frau Kröger-Schurr erinnert daran, dass in der Sitzung des Koordinierungsausschusses vom 26.05.2014 besprochen wurde, dass Bürgeranträge bis zum Montag vor der Beiratssitzung vorliegen sollten, um den Fraktionen die Möglichkeit zur Besprechung zu geben.

Herr Nowack erklärt, der Bürgerantrag werde verschoben in die Sitzung des Koordinierungsausschusses. Er bittet, den Antrag als Datei einzureichen. Der Antragsteller sagt dies zu.

Bürger E stellt den kurzen mündlichen Bürgerantrag, die Antwort auf den Bürgerantrag "Störfallverordnung" schriftlich zu beantworten.

Bürger F erklärt, er wohne seit 26 Jahren in der Brüggestraße. Vor zwei Jahren habe er einen Antrag gestellt, eine Brücke nach Leo Drabent zu benennen. Er möchte wissen, wie lange dies noch dauern könne. In Blumenthal sei keine Straße, keine Brücke und kein Weg nach dem kommunistischen Widerstandskämpfer benannt.

Herr Nowack erklärt, er werde nachfragen.

TOP 6: U3-Versorgung in Blumenthal

dazu: Herr Dick, SKJF

Herr Ehmke, Sozialzentrum Nord

Einleitend hält Frau Brost, Leiterin der KiTa Burg Blomendal ein kurzes Impulsreferat als Vorbericht zum Thema U3-Versorgung. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Nowack dankt Frau Brost und bittet die Herren Ehmke und Dick, ihre Sicht zum Thema darzustellen.

Herr Ehmke erklärt, er könne den Vortrag von Frau Brost in Gänze unterstützen. Im Ortsteil Blumenthal würden lediglich 8 U3-Plätze vorgehalten. Indes werde immer moniert, dass es keine Anmeldungen gebe, weil keine Angebote da seien.

In Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement wurde die Behörde aufgefordert, U3-Plätze einzurichten. Mit Frau Schulz (Quartiersmanagerin) wurde eruiert, wo örtliche Möglichkeiten zur Einrichtung bestehen. Die Nachfrage müsse hergestellt werden, wenn Ansätze zur Versorgungsleistung vorhanden seien. Nach dem zurzeit letzten Verhandlungsstand sei dies noch nicht absehbar.

Herr Pastor Klein von der Bremisch-Evangelischen Kirche wirft ein, als Kirchengemeinde sei man bereits dabei, Krippengruppen einzurichten.

Herr Dick erklärt, das bisher Vorgetragene sei unstrittig. Das Problem im Hintergrund sei, dass die innerkirchliche Abstimmung nach seiner Kenntnis noch nicht vollendet sei. Es wurde frühzeitig signalisiert, so ein Angebot fördern zu wollen.

Der Ausbau der U3-Plätze sei ausgerichtet gewesen auf den Ausbau des Rechtsanspruchs. Jetzt solle zudem eine höhere Wohnortnähe erreicht werden, auch die Ortsteile sollen stärker in den Fokus genommen werden. Zur mittelfristigen Planung sei als schrittweise Näherung eine Umwandlung von Einrichtungen nötig.

Herr Pastor Klein macht deutlich, dass im letzten Gespräch mit dem Landesverband das Signal kam, dass, wenn es ein "Okay" seitens der Behörde gebe, es auch Unterstützung von der Kirche gebe und man bereit sei, eine Krippe mit Platz für acht bis zehn Kinder einzurichten.

Frau Warneke-Bies, Leiterin der KiTa Wasserturm, gibt an, dass in ihrer Einrichtung 210 Kinder betreut werden. Dabei sei ein hoher Anteil von Kindern aus Familien mit prekären Lebenslagen (70%). Viele Familien seien nicht in der Lage, bestimmte (Orts-)Grenzen zu überschreiten, deswegen sei es wichtig, auf die Ortsteile zu schauen. Das Angebot der Kirche sei gut, werde wohl aber von den Familien, die jetzt die KiTa Wasserturm nutzen, nicht wahrgenommen werden. Die räumliche Enge der KiTa würde drücken, ein Umbau bzw. eine Umwidmung wäre aber schwierig bis unmöglich, da dies zu Lasten der 3- bis 6-jährigen gehen würde.

Es seien bereits Wartelisten vorhanden. Die Einsicht, innerhalb eines Stadtteils zu wandern, sei nicht vorhanden. An Bedarfsumfragen des Sozialressorts würden sich viele Familien gar nicht beteiligen.

Im Gespräch mit der Senatorin wurde die Idee eines eventuellen Neubaus in den Raum geworfen.

Herr Dick meint, es sei unstrittig, dass im Ortsteil eine neue Einrichtung entstehen müsse. Bedarfe seien sonst auch nicht wahrnehmbar. Es sei jedoch noch nicht geklärt, wo im Ortsteil eine Fläche oder ein Ort vorhanden sei, um eine neue Einrichtung bauen zu können. zu Bedenken sei auch, dass ein Neubau mit Planungsprozessen bis zur Realisierung auch mal drei Jahre dauern könne. Herr Nowack schlägt vor, auch das Rathaus als möglichen Standort für eine Kita zu prüfen.

Herr Pastor Klein führt aus, dass es für die Kirchengemeinde verschiedene Ebenen des Engagements gebe, u. a. auch Hausaufgabenbetreuung. Man würde Räumlichkeiten auf dem Kirchengelände zur Verfügung stellen, um eventuell sogar zwei Einrichtungen bauen zu können.

Herr Ehmke meint, es sei ein Mysterium, wie viele Kinder überhaupt Plätze nachfragten. Auf den Wartelisten ständen sehr viele Kinder. Ein Grund dafür sei aber auch, dass es für allein erziehende Mütter beispielsweise schwierig sei, ihre Kinder an verschiedenen Orten unterzubringen und diese deshalb auf ihren Wunschkindergarten warten wollen. Das Problem sei, dass Kinder mit Wunschkindergarten nicht woanders hin wollen. Ausgleichsmaßnahmen seien zwar möglich, aber eben nicht gewünscht. Dies erkläre u. a. die Diskrepanz zwischen Warteliste und Platzangebot.

Frau Warneke-Bies verweist darauf, dass die statistischen Daten zur Entwicklung bisher nicht gegriffen hätten. Die Daten waren zwar vereinzelt aussagekräftig, in den letzten Jahren sei aber keine Einrichtung nicht zu 99 % besetzt gewesen. Zwar wurde eine gewisse Fluktuation beobachtet, jetzt gebe es aber viel Zuzug in Blumenthal, Reserven dürften aber nicht vorgehalten werden.

Herr Dick betont, dass der wohnortnahe Ausbau verstärkt werden soll. Aus dem Stegreif heraus eine Einrichtung "hinzugießen", sei aber nicht möglich. Man müsse sich schrittweise in die richtige Richtung bewegen. Dies zu bewältigen, sei die gemeinsame Aufgabe in den nächsten fünf Jahren. Herr Dick würde es begrüßen, wenn man ihm Angebote zum Standort machen könnte.

Frau Kröger-Schurr meint, Herr Dick solle die "positiven Wellen" und das Angebot von Herrn Pastor Klein mitnehmen.

Herr Dick erklärt, die Gemeinde solle unterstützt werden. Bisher habe es gegensätzliche Aussagen im kirchlichen Raum gegeben. Wenn jetzt eine Einigung da sein, werde das Angebot gerne angenommen.

Herr Ehmke hat noch eine Information für die, die jetzt in aktueller Not sind. Im Bereich der Tagespflege gebe es noch Kapazitäten in Blumenthal (17 Plätze). Ansprechpartnerin ist Frau Fischer bei "Pflegekinder in Bremen" (PiB). Die Nutzung der Tagespflege sei eine mögliche Lösung für Kinder, die noch auf der Suche nach einem Platz sind.

Herr Nowack macht den Vorschlag, dass der Beirat noch einmal dringend an die Bremische Bürgerschaft appelliert, dass das Angebot an U3-Plätzen in Blumenthal massiv erhöht wird und der Beschluss von Dezember 2012 bekräftigt wird. Alle Beiratsmitglieder sind damit einverstanden.

Top 7: Globalmittel – Restmittelvergabe

Einleitend erläutert Herr Nowack die Grundlagen der Entscheidung der Restmittelvergabe. Entschieden wird über die Anträge, die nach dem Fristende 15. April 2014 eingegangen sind. Nach der Entscheidung des Beirats im Mai blieb eine Restsumme von 5.210,95 € . Der Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal hat die zugesagten 5.000,00 € zurückgegeben, weil für das Projekt ein privater Sponsor gefunden wurde. Zunächst wird en bloc über Anträge entschieden, bei denen Übereinstimmung der Fraktionen über die Höhe der Zuwendung erzielt wurde. Danach wird einzeln über Anträge entschieden, bei denen keine Übereinstimmung der Fraktionen über die Höhe der Zuwendung erzielt werden konnte. Die aktuelle Restsumme beträgt 10.210,95 €

Über die Anträge, bei denen Übereinstimmung besteht, wird en bloc abgestimmt.
Es folgt die Abstimmung über die Höhe der Zuwendungen für die Anträge 32-34, 36-39 und 41.
Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Die Anträge sind damit bewilligt.

Folgende Anträge werden einzeln abgestimmt:

Deutscher Schulschiff-Verein e. V. – Reparatur der Bordwand

Hierzu gibt es einen Vorschlag über die Höhe der Zuwendung aus dem Koordinierungsausschuss.

Es folgt die Abstimmung über die Höhe der Zuwendung für den Antrag.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen.

Die Höhe der Zuwendung ist damit gemäß Vorschlag des Koordinierungsausschusses bewilligt.

Beirat Blumenthal - Repräsentationsfond

Ergebnis: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit bewilligt.

TOP 8: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. **Die Linke – Antrag: Hort-Statusbericht II: Viele Blumenthaler Eltern weiterhin ohne Kinder-Betreuungsplatz**
- b. **CDU – Antrag: Projektplan Sanierung Tanklager Farge**

a. Die Linke – Antrag: Hort-Statusbericht II: Viele Blumenthaler Eltern weiterhin ohne Kinder-Betreuungsplatz

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

b. CDU – Antrag: Projektplan Sanierung Tanklager Farge

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Der Antrag ist damit angenommen.

TOP 9: Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

24.06.2014 16.00 Uhr findet die 100. Sitzung der Stadtteilgruppe Lüssum im Haus der Zukunft statt.

26.06.2014 15.30 Uhr besucht Bausenator Dr. Joachim Lohse Dr. Joachim Lohse die Baustelle Turnerstraße

01.07.2014 17.30 Uhr tagt der Quartiersrat Blumenthal das erste Mal im neuen Quartierstreff Kapitän-Dallmann-Str. 18

05.07. bis 07.07.2014 Blumenthaler Schützenfest

11.07. bis 14.07.2014 Farger Schützenfest

12.07. 2014 11.00 Uhr Eröffnung des „Spielraum Bahrsplate“ mit viel Prominenz und buntem Rahmenprogramm

13.07. 2014 21.00 Uhr Endspiel um die Fußball-Weltmeisterschaft

14.07.2014 19.00 Uhr letzte öffentliche Sitzung des Beirats Blumenthal vor der parlamentarischen Sommerpause im SZ Eggestedter Straße

Frau Warneke-Bies informiert über das Blumenthaler Sommerfest am 25.07.2014 auf dem Schillerplatz.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21:02 Uhr.

Es folgt der nicht-öffentliche Teil.

gez. Nowack

Vorsitzender

gez. Schupp

Beirat (Herr Schupp)

gez. Rohde

Protokoll